Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Wirtschafts- und Umweltausschuss führte seine 8. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Dienstag, dem 25.08.2020 in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Stadt Bitterfeld, Markt 7, Historisches Rathaus, Ratssaal von 18:00 Uhr bis 20:04 Uhr durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Sabine Griebsch

Mitglied

Daniel Backes
Uwe Bruchmüller
Mirko Claus
Klaus-Dieter Kohlmann
Julia Roye
Kay-Uwe Ziegler

Sachkundige Einwohner

Michael Baldamus
Klaus-Peter Krüger
Manfred Naumann
René Vollmann

Mitarbeiter der Verwaltung

Beate Lange	SB Wirtschaftsförderung
Markus Rönnike	SBL Stadtplanung
Ulrich Schünemann	SB Öffentliche Anlagen

Gäste

Harald Eisenmann	Stadtjäger
Heiko Kaaden	Geschäftsführer STEG Bitterfeld-Wolfen mbH
Dr. Michael Polk	Vertreter der Klärschlammrecycling Bitterfeld-Wolfen GmbH
Robert Schmidt	Vertreter der Klärschlammrecycling Bitterfeld-Wolfen GmbH

abwesend:

Sachkundige Einwohner

Thomas Büße	entschuldigt
Ingo Müller	entschuldigt

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Dienstag, den 25.08.2020, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit	
2	Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 30.06.2020	
4	Einwohnerfragestunde	
5	Bericht über den aktuellen Stand des Ausbaus und die zukünftige Auslastung der Klärschlammrecyclinganlage BE: Vertreter der Klärschlammrecycling Bitterfeld-Wolfen GmbH	
6	Bericht zum Energie- und Klimaschutzkonzept BE: Amt für Stadtentwicklung, Herr Kaaden, Geschäftsführer STEG Bitterfeld-Wolfen mbH	
7	Energie- und Klimaschutzkonzept Ortsteil Stadt Bitterfeld	**Beschlussantrag 107-2020**
8	Energie- und Klimaschutzkonzept Ortsteile Stadt Wolfen und Reuden an der Fuhne	**Beschlussantrag 108-2020**
9	Bericht des Stadtjägers über Wildtierarten und Wildtiermanagement, Jagdarten im urbanen Bereich, Wildtierschäden, Statistiken, Veränderungen zum Vorjahr BE: Herr Eisenmann, Stadtjäger	
10	Lebensmittelversorgung am Standort vom jetzigen „Real“ in Bitterfeld erhalten BE: CDU-Fraktion	**Beschlussantrag 125-2020**
11	Erarbeitung von nachhaltigen Maßnahmen und eines Umsetzungsplanes zum Schutz des Ortsteiles Stadt Bitterfeld der Stadt Bitterfeld-Wolfen vor Grund- und Hochwasserschäden sowie zur weiteren städtebaulichen Gestaltung der Oberflächengewässer	**Beschlussantrag 127-2020**
12	Mitteilungen, Berichte, Anfragen	
13	Schließung des öffentlichen Teils	

zu 1	**Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit** Die **Ausschussvorsitzende, Frau Griebsch,** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern und 4 sachkundigen Einwohnern fest.	
zu 2	**Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung** Die **Ausschussvorsitzende** stellt den Antrag, TOP 9 „Bericht über den aktuellen Stand des Ausbaus und die zukünftige Auslastung der Klärschlammrecyclinganlage“ auf TOP 5 vorzuziehen. Alle nachfolgenden Tagesordnungspunkte reihen sich der Reihenfolge nach in die Tagesordnung ein. Da keine weiteren Änderungsanträge vorliegen, lässt Frau Griebsch über die so geänderte Tagesordnung abstimmen. einstimmig beschlossen	Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0
zu 3	**Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 30.06.2020** Da es keine Hinweise zur Niederschrift gibt, bittet **Frau Griebsch** um Abstimmung darüber. einstimmig beschlossen	Ja 5 Nein 0 Enthaltung 1
zu 4	**Einwohnerfragestunde** Es sind keine Einwohner anwesend.	
zu 5	**Bericht über den aktuellen Stand des Ausbaus und die zukünftige Auslastung der Klärschlammrecyclinganlage** BE: Vertreter der Klärschlammrecycling Bitterfeld-Wolfen GmbH **Die Ausschussvorsitzende, Frau Griebsch,** erteilt dem Geschäftsführer der Chemieparkgesellschaft und der KSR, Herrn Dr. Polk, das Wort. **Herr Dr. Polk** erörtert zunächst die Hintergründe der Klärschlamm Monoverbrennung. Neben der Klärschlammverordnung wurden 2017 auch die Düngemittelverordnung und die Düngeverordnung novelliert. Danach darf kommunaler Klärschlamm nicht mehr landwirtschaftlich verbracht werden, insbesondere ab 2029. Aus den Aschen der Klärschlämme soll künftig das Phosphat oder der Phosphor herausgeholt werden. Der Geschäftsführer stellt an Hand einer Präsentation den Betriebsstandort und die geplante Anlage, einschließlich der vorgesehenen Technik sowie die bisherigen Entwicklungsetappen des regionalen Projektes anschaulich vor. Er erläutert den Zeitplan und informiert zum aktuellen Sachstand. *Herr Claus nimmt an der Sitzung teil. Somit sind 7 stimmberechtigte Ausschussmitglieder, einschließlich der Vorsitzenden, anwesend.* Nach den ersten Vorüberlegungen und Gesprächen zur KS-Monoverbrennung	

2014/2015 wurde im Jahr 2017 die Klärschlammrecycling Bitterfeld-Wolfen GmbH als reine Projektierungsgesellschaft gegründet.
Zielstellung ist, den Regelbetrieb der Anlage am 01.01.2022 aufzunehmen.

Die Frage von **Herrn Krüger,** ob die Anlieferung über die Straße erfolgt, wird von **Herrn Dr. Polk** bestätigt. Geplant sei außerdem, die Annahme des Materials auch über den Schienenweg zu ermöglichen.
Zur Frage, woher die zur Verbrennung vorgesehenen Materialien kommen, macht Herr Dr. Polk darauf aufmerksam, dass auf Grund der Verbringungsverbote der landwirtschaftlichen Nutzung die Klärschlammproblematik momentan eine bundesweit zu spürende Problematik sei. In der Anfangsphase habe man 50 bis 60 % der Verträge zur Anlieferung von Klärschlamm von Firmen aus dem näheren Umfeld abschließen können. Zwischenzeitlich liegen auch Verträge mit den Städten Halle und Leipzig zur Verwertung ihrer Klärschlämme vor. Durch die regionale Nähe muss das Material nicht durch die gesamte Bundesrepublik gefahren werden.
Dieses Projekt sei ein gutes Beispiel für Kreislaufwirtschaft. In der Anlage werden die regionalen Klärschlämme verarbeitet und die Aschen aufgearbeitet, um das Phosphat wieder chemisch herauszuholen. Herr Dr. Polk verleiht der Hoffnung Ausdruck, in wenigen Jahren vielleicht hier in diesem Rahmen den Bau eine Phosphorrecyclinganlage darstellen zu können.

Zu der Frage von **Herrn Vollmann,** in welchen Größenordnungen Aschen und ihre herausgefilterten Reststoffe anfallen und wo diese verbleiben, führt Herr Dr. Polk aus, dass laut Klärschlammverordnung bis 2029 noch unterschiedliche Wege zugelassen sind. So z. B. die Mitverbrennung dieser kommunalen Schlämme oder zum Teil auch die landwirtschaftliche Verwertung. Das Phosphorrecyclingverfahren existiert heute noch nicht. Die heute anfallenden Aschen werden monodeponiert bzw. abholbar zwischengelagert – rückholbar, um dann in ein solches Verfahren eingeschleust zu werden. Ab 2029 muss das Phosphorrecycling umgesetzt werden. Es handele sich um eine Kapazität von 60.000 t Trockensubstanz, die hier verbrannt wird. Ungefähr die Hälfte davon falle als Asche an, die monodeponiert wird. Bezüglich des Deponiestandortes sei man mit einem Deponiebetreiber im Gespräch, der ein Monodeponielager aufbauen möchte. Die Filterstäube werden außerhalb der Region unter Tage gelagert.

Herr Bruchmüller begrüßt das Projekt KSR. Ihn interessieren die Kapazitäten auf den Anfahrtswegen, wie der Abfahrt Autobahn. Deshalb stellt er die Frage, mit welchen Verkehrsmengen man rechnen müsse.
Herr Dr. Polk informiert, dass man mit 56 LKW/Tag rechne, wobei sowohl die Anlieferung, als auch Betriebsstoffe, oder Entsorgungstransporte, um die Aschen wegzufahren, eingerechnet sind. Das Thema sei im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ausführlich geprüft worden. Bei der Bewertung der Verkehrswege und der Lärmbelästigung wurde nach seinem Kenntnisstand die bundesweite Verkehrszählung von 2015 zu Grunde gelegt. Nach Aussage der Gutachter beträgt der Verkehr, der durch diese Anlage produziert würde, in der Gesamtheit nur 1 % mehr. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass das Areal D über die Parsevalstraße recht gut zu erreichen ist, scheine dies problemlos zu sein.
Herr Bruchmüller merkt daraufhin an, dass die Region sich glücklicherweise dynamisch entwickelt und führt u. a. den Technologiepark und die Papierfabrik als Beispiele an. Er weist nachdrücklich darauf hin, dass auf Grund des in Summe zu erwartenden erheblich höheren Verkehrsaufkommens die Politik u. a. zügig den Ausbau der Autobahnausfahrt in Betracht ziehen müsse.

	Auf die Frage von **Herrn Ziegler** bestätigt Herr Dr. Polk zunächst, dass Phosphate ein rarer und wichtiger Rohstoff, gerade für die Landwirtschaft, sind und geht kurz auf die Problematik ein. Er bezeichnet den Weg, die Materialen aufzuarbeiten, zu recyceln und das Thema Kreislaufwirtschaft zu leben, als vernünftig. Herr Dr. Polk bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Klärschlämme aus den Kläranlagen in der Form aufgearbeitet werden, dass das Phosphat so angereichert werden kann, dass es wieder in der Landwirtschaft einsetzbar ist. **Herr Ziegler** spricht die teilweise kritischen und hoch toxischen Inhaltsstoffe der zu verbrennenden Klärschlämme an und stellt die Frage, in wie weit, sowohl die Transportfahrzeuge, als auch den Verbrennungsvorgang betreffend, dieser Fakt unkritisch gesehen werden kann oder der ob es eventuell Gründe gibt, weshalb man sich gerade für unsere Region entschieden habe. **Herr Dr. Polk** informiert, dass dies nicht die erste Monoklärschlammrecyclinganlage ist, die in Deutschland gebaut wird und dass nach seinem Kenntnisstand in Bayern gerade eine solche entsteht. Er bestätigt das Vorhandensein bestimmter Spurenstoffe in den Klärschlämmen und stellt die Behauptung auf, dass diese bei den Transporten durch entsprechend abgedichtete Behältnisse keine Rolle spielen werden. In diesem Zusammenhang gibt der Geschäftsführer die Tatsache zu bedenken, dass in der Landwirtschaft auf den Feldern über Jahre immer wieder Schadstoffe aufgebracht werden. Bei dem Verbrennungsvorgang, unterstreicht Herr Dr. Polk, würden die, meist organischen, Schadstoffe bei mindestens 850 °C zerstört. Im Hinblick darauf, dass die Streckenführung für die etwa 56 Transportfahrzeuge/Tag auf den letzten 3 km an 250 Tagen im Jahr die gleiche sein wird, gibt **Herr Ziegler** zu bedenken, dass es problematisch werden könnte, wenn die Transportbehälter nicht genügend abgedichtet wären und die Fahrzeuge z. B. zehn Jahre lang in dieser Dimension regelmäßig durch ein Wohngebiet fahren. **Herr Dr. Polk** hebt hervor, dass es sich um Klärschlämme aus kommunalen und nicht aus industriellen Anlagen handelt. Im Weiteren geht er davon aus, dass es sich beim Transport von Klärschlamm um eine gängige Technik handelt und dieser abgedichtet, sicher transportiert wird. In diesem Zusammenhang macht der Geschäftsführer deutlich, dass darauf geachtet werde, die Anlage möglichst sicher zu betreiben. **Herr Claus** nimmt Bezug auf die kommunalen verschlammten Gewässer, die im Sommer trocken brachliegen. Die Stadt und viele ihrer Bürger suchen seit längerer Zeit nach einer Lösung zur Entsorgung dieser Schlämme, welche sehr kostenintensiv ist und deshalb ein Problem darstellt. Herr Claus fragt, ob die Möglichkeit bestünde, diese Gewässer in Zusammenarbeit mit dem Chemiepark und der Verbrennungsanlage entsorgen zu können. **Herr Dr. Polk** merkt an, dass man über solche Themen mit Sicherheit reden könne, nachdem die Anlage in Betrieb genommen wurde und eine Zeit lang gefahren ist. Da es sich um einen Wirbelschichtofen handele sei jedoch nicht alles möglich und hänge von der Zusammensetzung des einzufahrenden Materials ab. Die Präsentationsunterlagen stellt **Herr Dr. Polk** als Anhang zur Niederschrift zur Verfügung.	
zu 6	**Bericht zum Energie- und Klimaschutzkonzept** BE: Amt für Stadtentwicklung, Herr Kaaden, Geschäftsführer STEG Bitterfeld-Wolfen mbH	

Der **SBL Stadtplanung, Herr Markus Rönnike,** stellt einführend fest, dass der kommunale Klimaschutz einen Schwerpunkt darstellt, der der Europäischen Union sehr wichtig ist. Aus diesem Grund ist hierfür ein Förderprogramm, das EFRE, aufgelegt worden, bei dem es sich um einen Fonds für regionale Entwicklung handelt. Per Bewilligungsbescheid standen 52.200,00 € zur Verfügung bei einem Gesamtvolumen von 66.100,00 €. Dies entspricht einer Förderquote von ca. 79 %. Die Erarbeitung des Konzeptes erfolge durch die Stadtentwicklungsgesellschaft. Die Vergabe war noch durch den Bau- und Vergabeausschuss im Rahmen einer In-House-Vergabe erfolgt. Das Klimaschutzkonzept soll eine strategische Entscheidungsgrundlage sein und eine Planungshilfe zur Verminderung von CO_2 -Emissionen sowie zur Generierung von Kosteneinsparungen, insbesondere beim Wärme- und Stromverbrauch. Es zeigt kommunalen und anderen Entscheidungsträgern, welche technischen und wirtschaftlichen Energiesparpotentiale in der Stadt bestehen und welche Maßnahmen kurz-, mittel- und langfristig umgesetzt werden können. Im Konzept wurde der Energieverbrauch der städtischen Immobilien und der Straßenbeleuchtung betrachtet. Diesbezüglich bewertet wurden ebenfalls private Wohngebäude, unterteilt nach Stadtraumtypen. Außerdem wurden der motorisierte Verkehr und der Radverkehr sowie die erneuerbaren Energien thematisiert. Aus den Untersuchungen wurden Maßnahmen und Handlungsempfehlungen abgeleitet bzw. Festlegungen getroffen. Insbesondere konnten Vorschläge für Einsparpotentiale hinsichtlich Strom und Wärme der kommunalen Immobilien unterbreitet werden. Konkret wird dies aktuell durch die energetische Gebäudesanierung in städtischen Einrichtungen, die sogenannten STARK III-Maßnahmen, umgesetzt. Des Weiteren gibt es Empfehlungen für Schwerpunktsetzungen im Bereich des Verkehrs zur Nutzung des ÖPNV und zur Verstärkung des Radverkehrs. Es wurde festgestellt, dass die Ortsteile Reuden an der Fuhne, Stadt Bitterfeld und Stadt Wolfen sehr gut mit erneuerbaren Energien ausgestattet sind und dort diesbezüglich kein weiterer Handlungsbedarf besteht. Als Zielstellung ist u. a. die Modernisierung der Straßenbeleuchtung mit verankert worden. Letztendlich sollten die Klimaschutzziele z. B. durch den Stadtrat beschlossen und die Festsetzungen dann auch in der entsprechenden Bauleitplanung getroffen werden. Der SBL Stadtplanung schließt seine Ausführungen mit der Anmerkung ab, dass momentan Überlegungen angestellt werden, ob die Stelle eines Energie- oder Klima-Managers eingerichtet werden könnte. Geprüft wird insbesondere auch, wie die Zusammenarbeit der örtlichen Akteure, also der Wohnungsgesellschaften, Stadtwerke etc., gestärkt werden können.

Herr Heiko Kaaden, Geschäftsführer der STEG Bitterfeld-Wolfen, weist ergänzend darauf hin, dass die STEG, abweichend vom Vortrag des Geschäftsführers in der vorletzten Beratung des Wirtschafts- und Umweltausschusses, dann in der Methodik doch noch anders vorgegangen ist, weil für die Ortsteile Stadt Bitterfeld und Stadt Wolfen die Verbrauchsdaten nicht, wie erwartet, flächendeckend eingegangen waren. Aus diesem Grund sei man auf die Untersuchung nach energetischen Stadtraumtypen umgeschwenkt. Herr Kaaden geht hierauf näher ein. Er teilt mit, dass die getrennte Betrachtung der beiden Gebiete zu der Feststellung geführt habe, dass die größeren Einsparungspotentiale im OT Stadt Bitterfeld liegen. In den Ortsteilen Stadt Wolfen und Reuden an der Fuhne liegt die Sparmöglichkeit gegenüber dem OT Stadt Bitterfeld lediglich bei den öffentlichen Gebäuden höher.

Herr Ziegler fragt nach dem konkreten Klimaschutz-Ziel der Stadt Bitterfeld-Wolfen.
Herr Kaaden verweist auf die Einsparpotentiale beim CO_2 –Ausstoß, welche

für den OT Stadt Wolfen auf der Seite 49 und für den Ortsteil Stadt Bitterfeld auf der Seite 56 zusammengefasst dargestellt sind. Im Weiteren macht er auf die unterschiedlichen Einsparpotentiale in den Bereichen städtische Immobilien und private Immobilien sowie Verkehr und Straßenbeleuchtung aufmerksam. Klimaschutzziel für den Ortsteil Stadt Wolfen wäre prioritär die Sanierung der öffentlichen Gebäude, während es für den Ortsteil Stadt Bitterfeld die Straßenbeleuchtung ist und die Minderung des CO_2 –Ausstoßes im Durchgangsverkehr. Auf die privaten Immobilien, die relativ viel Einsparungspotential haben, hat die Stadt nur indirekt Einfluss. Dort könnte sie Anreize durch Beratung oder Förderprogramme setzen.
Herr Ziegler spricht sich für die benannten Maßnahmen wie z. B. Energieeinsparung etc. aus. Seine Frage sieht er mit den Ausführungen jedoch nicht beantwortet. Er stellt protokollwirksam die Frage, auf welche Weise das Klimaschutz-Ziel für die Stadt Bitterfeld-Wolfen konkret messbar ist, z. B. in Zahlen. Herr Ziegler möchte zu einem späteren Zeitpunkt kontrollieren können, ob die eingeleiteten Maßnahmen in irgendeiner Form einen Einfluss auf das Klima haben. Aus seiner Sicht sei dies nicht nachvollziehbar und damit auch nicht kontrollierbar. Da der Inhalt des Beschlussantrages seiner Meinung nach deshalb indiskutabel sei, könne er seine Zustimmung hierfür nicht erteilen. Gleichzeitig richtet Herr Ziegler die Bitte an die Verantwortlichen, sich weiter auf den Umwelt- und Naturschutz sowie eine die Energieressourcen schonende Arbeitsweise zu konzentrieren.
Frau Griebsch spricht das in dem Fördermittelantrag abgefragte Controlling an.
Der **Geschäftsführer der STEG** teilt mit, dass die Messwerte innerhalb des Controllings sich auf die Einsparungen an Strom, Wärme und CO_2 im Stadtgebiet der Stadt Bitterfeld-Wolfen beziehen. Er legt dar, dass das Stadtgebiet der Stadt Bitterfeld-Wolfen viel zu klein sei, um auf ein Klima Einfluss nehmen zu können. Dies funktioniere nur flächendeckend für Großräume. Letztendlich würden die, die sich z. B. Ziele zur Energieeinsparung setzen, punktuell und vor Ort und in der Summe dazu beitragen.

Er teilt mit, dass die Zielstellungen durch die EU bzw. die Bundesrepublik gesetzt werden. Die Kommunen sollen auf ihrer Ebene dazu beitragen, diese Ziele zu erreichen, z. B. durch Energieeinsparung und Minderung des CO_2 -Ausstoßes. Die Klimaschutzkonzepte der zahlreichen Städte und Ortschaften, die erarbeitet werden, enthalten jeweils Ziele zur CO_2 -Einsparung und fließen zusammen.

Frau Griebsch vermisst konkrete Angaben im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit. Sie regt an, die Inhalte auf der Homepage der Stadt bekanntzugeben und in diesem Zusammenhang auch mitzuteilen, welche relevanten Akteure in dem Entstehungsprozess beteiligt waren.
Herr Kaaden informiert, dass die Öffentlichkeitsarbeit in den Vordergrund rücke, sobald der Stadtratsbeschluss zum Klimaschutzkonzept vorliege. Zur Frage der Beteiligung habe man die betreffenden Ämter, die sich mit der Thematik beschäftigen, kontaktiert. Mit den Stadtwerke Bitterfeld-Wolfen habe man einen ersten Entwurf abgestimmt. Zudem sind alle Versorgungsträger und größeren Vermieter, von denen sich nicht alle daran beteiligt haben, abgefragt worden. Im Stadtgebiet der Stadt Bitterfeld-Wolfen werden insgesamt 56 % der Haushalte mit Wärme aus erneuerbaren Energien versorgt, wobei die Verbrennung von z. B. Klärschlamm oder auch von Hausmüll als erneuerbar zählt, weil diese bereits einmal in der Klimabilanz eingerechnet worden sind.

Die **Ausschussvorsitzende** hinterfragt, ob für die Potentialberechnung

	unterschiedliche Szenarien durchgerechnet wurden. Herr Kaaden bestätigt diese Vorgehensweise vor allem für die privaten Haushalte und geht näher darauf ein. **Herrn Eisenmann** wird auf seine Anfrage mit dem Einverständnis der Ausschussmitglieder, das Wort erteilt. Bezugnehmend auf das im Bericht benannte Einsparungspotential bei der Straßenbeleuchtung gibt er zu bedenken, dass z. B. die bei ihm in der Gartenstraße vorhandenen Leuchtkörper vor einigen Jahren mit Dimmern ausgestattet wurden, was zur Folge habe, das die Straße schon jetzt ab 22:00 Uhr nicht mehr hell genug ausleuchtet ist. Seine Frage, wie dunkel es dann noch werden soll oder ob es dann eine andere und bessere Technik gibt, wird durch Herrn Kaaden dahingehend beantwortet, dass man heute LED-Lampen einsetzt. **Herr Vollmann** nimmt Bezug auf die aktuelle Zunahme an industriellen Baumaßnahmen und das zu erwartende höhere Verkehrsaufkommen. Da Zahlen von 2015 verwandt wurden, stellt sich für ihn die Frage, ob es authentisch ist, diese für das Konzept zu verwenden. Der **Geschäftsführer der STEG** erklärt, dass auf die Zahlen der Lärmkartierung des Verkehrslärms vom Land zurückgegriffen worden ist, weil in der Stadt Bitterfeld-Wolfen keine Zahlen von Verkehrszählungen und auch keine anderen neueren Zahlen existierten. Letztendlich gäbe man keine konkreten Zahlen an, sondern es gehe um Größenordnungen. Was bei dieser Größenordnung entstehe und in welcher Größenordnung kann man dann CO_2 - Ausstoß verhindern. Herr Kaaden räumt ein, dass es sich zum Teil um eine theoretische Zahl handelt, weil sie aus dem Jahr 2015 beruht. Er legt dar, dass auch nur an Kreuzungen gezählt wurde, von welcher zu welcher Kreuzung sich der Verkehr in welche Richtung bewegt hat.	
zu 7	**Energie- und Klimaschutzkonzept Ortsteil Stadt Bitterfeld** Es werden keine Fragen oder Hinweise vorgetragen, so dass die **Ausschussvorsitzende** um Abstimmung zum BA 107-2020 bittet. nicht empfohlen	**Beschlussantrag 107-2020** Ja 2 Nein 3 Enthaltung 2
zu 8	**Energie- und Klimaschutzkonzept Ortsteile Stadt Wolfen und Reuden an der Fuhne** Zum BA 108-2020 gibt es keine Anmerkungen, Fragen oder Hinweise, so dass **Frau Griebsch** um Abstimmung hierüber bittet. nicht empfohlen	**Beschlussantrag 108-2020** Ja 2 Nein 3 Enthaltung 2
zu 9	**Bericht des Stadtjägers über Wildtierarten und Wildtiermanagement, Jagdarten im urbanen Bereich, Wildtierschäden, Statistiken, Veränderungen zum Vorjahr** BE: Herr Eisenmann, Stadtjäger Der **Stadtjäger, Herr Harald Eisenmann,** schildert die, insbesondere durch die stetig steigende Schwarzwildpopularität, zu erwartende Problemlage. Von den in der Region lebenden Wildtierarten findet sich überwiegend das Schwarzwild im Stadtgebiet ein. Aber auch Rehwild und verschiedene Raubtierarten wie Fuchs, Marder und Waschbären sind im urbanen Bereich der Stadt Bitterfeld-Wolfen gelegentlich anzutreffen. Herr Eisenmann verweist auf die bestehenden massiven Probleme mit großen Schwarzwildrotten z. B. im Stadtkern von Bitterfeld oder in der Nähe von großen Einkaufsmärkten. Zur regelmäßigen Reduzierung des Schwarzwildbestandes werden seit 2014 jährlich eine größere	

revierübergreifende Drückjagd im Goitzschewald und weitere begleitende Maßnahmen durchgeführt. Ferner gibt es im Stadtgebiet neuralgische Punkte, ein mit den Ordnungsämtern und der Polizei abgestimmtes Sondergebiet, in dem regelmäßig Schwarzwild zu erwarten ist. Dort werde eingegriffen, um den Bestand relativ im Griff zu behalten.
Momentan werde auch in unserer Region ein vermehrtes Aufkommen des Wolfes beobachtet. Dies habe zur Folge, dass sich das Schwarzwild noch mehr zusammenrottet und dem urbanen Bereich der Stadt nähert, weil es sich hier sicherer fühlt.
Herr Eisenmann informiert, dass zukünftig mit einem extremen Anstieg des Schwarzwildbestandes gerechnet werden muss. Bei einer Reproduktionsrate von 300 bis 400 Prozent spielen u. a. die milden Winter eine nicht unwesentliche Rolle. Außerdem leben die Wildschweine z. B. über Monate geschützt in den reichlich zur Verfügung stehenden Mais- oder Rapsfeldern, weil sie hier extrem viel Nahrung finden. Die eng aneinander liegenden landwirtschaftlich bewirtschafteten Flächen machen es unmöglich, das Wild hier intensiv zu bejagen.
Herr Eisenmann schätzt ein, dass auf Grund des zu erwartenden Anstiegs des Wildschweinbestandes künftig dauerhaft viel Arbeit auf alle Jäger im Umfeld der Stadt Bitterfeld-Wolfen zukommen wird. Als Stadtjäger könne er ehrenamtlich immer nur als „Feuerwehrmann“ bei den wichtigsten Vorfällen agieren.

Der **Stadtjäger** bittet Fragen zu stellen, die sich aus seinem Bericht ergeben haben.

Frau Griebsch interessiert, wo sich die neuralgischen Punkte befinden.
Der **Stadtjäger** teilt mit, dass es sich um Gebiete im Süden und Westen der Stadt handelt und bittet um Verständnis, die genauen Standpunkte nicht öffentlich bekanntgeben zu können. Er begründet dies kurz und informiert, dass diese Sondergebiete mit den Ordnungsämtern der Stadt, des Landkreises und der Polizei abgestimmt werden und diese auf die Wahrung von Ordnung und Sicherheit achten. *Herr Eisenmann verweist die Ausschussvorsitzende zur Beantwortung ihrer Frage an das Ordnungsamt.*

Frau Griebsch erkundigt sich, was „extremer Anstieg“ heißt und ob dies mit Zahlenmaterial unterlegt werden könnte.
Herr Eisenmann teilt mit, dass er momentan keine Kenntnis von der genauen Anzahl hat. Er verweist auf die jährliche statistische Auswertung durch die Untere Jagdbehörde und merkt an, dass abzuwarten sei, wie die Situation im nächsten Jahr ist. Der Stadtjäger legt dar, dass im Raum Bitterfeld-Wolfen mehrere Tausend Wildschweine leben, die sich auf den großen Flächen zum Glück gut verteilen.

Herr Bruchmüller fragt, was der Wunsch oder die Empfehlung an die Stadt aus Sicht des Stadtjägers wäre, um diesem Thema qualifiziert zu begegnen.
Herr Eisenmann spricht die Friedhöfe an, auf denen Rehe Schäden anrichten. Dem Problem sei ehrenamtlich nicht beizukommen, weil das Gebiet zu groß sei. Der Stadtjäger weist im Weiteren darauf hin, dass dem Wildtiermanagement, vor allem auch durch die zu erwartenden milden Winter, künftig eine größere Bedeutung beigemessen werden müsse. Die Stadt sollte deshalb eventuell mehr finanzielle Mittel für diesen Bereich einplanen. So könnte hier auch in Zukunft ein erträgliches Miteinanderauskommen zwischen dem öffentlichen Leben und dem Wild geschaffen und ermöglicht werden.

Von der **Ausschussvorsitzenden** nach Auffälligkeiten und besonderen Krankheiten bei Wildtieren befragt, kann der Stadtjäger mitteilen, dass nach seinem Kenntnisstand bisher deutschlandweit z. B. kein Fall von Afrikanischer Schweinepest aufgetreten sei und dies bundesweit von einer guten Arbeit der Jägerschaft zeuge. Dies schließe jedoch nicht aus, dass im Laufe der Zeit auch in Deutschland Fälle von Afrikanischer Schweinepest bei Wildschweinen auftreten können.

Auf die Frage von **Frau Griebsch** hinsichtlich der Zufriedenheit mit den Beprobungen teilt **Herr Eisenmann** mit, dass die bei Schwarzwild notwendige Beprobung auf Trichin momentan durch ein privates Wolfener Labor erfolgt, wobei die Zeitspanne bis zum Erhalt des Ergebnisses mitunter relativ lang ist. Er merkt an, dass diese Beprobung früher in einem Labor des Landkreises von heute auf morgen durchgeführt worden ist.

Herr Ziegler greift das Thema, Vergrößerung der Population des Schwarzwildes auf Grund der Futter- und Lebensbedingungen sowie fehlender natürlicher Feinde, auf. Für ihn stellt sich die Frage, in wie weit die Veränderung auf den Äckern im Sinne einer Monokultur, z. B. der Maisanbau“, eine Rolle spielt.
Der **Stadtjäger** bestätigt die Zunahme des Anbaus von Monokulturen und einer auch damit zusammenhängenden höheren Population des Schwarzwildes. Der Anbau von Mais und Raps habe extrem zugenommen. Ergänzend merkt er an, dass der Anbau immer näher an die Wohnsiedlungen heran erfolge bzw. auch neue Wohnsiedlungen in immer größerer Nähe zu Feldern entstünden.

Herr Hennicke nimmt Bezug auf die angesprochenen milden Winter in letzter Zeit, dass diese durchschnittlich wärmer werden. Auf seine an den Stadtjäger gerichtete Frage, ob er eine Vermutung habe, woran das liegen könnte, bittet dieser um Verständnis dafür, hierauf keine Antwort zu geben.

Herrn Imre Starke, Ortsbürgermeister des OT Reuden an der Fuhne, interessiert die Situation in Ortsteilen wie Thalheim, Greppin oder Reuden an der Fuhne. Man habe im OT Reuden z. B. den Reudener Busch. Da hier die Situation mit den anliegenden Feldern doch etwas prekärer als im OT Stadt Bitterfeld sei, bittet er um Informationen zur Lage. Außerdem stellt er die Frage, ob die Drückjagden noch durchgeführt werden, um der hohen Population entgegenzuwirken.
Herr Eisenmann erklärt, dass grundsätzlich in allen Ortsteilen das relativ gleiche Problem bestehe. Man habe großflächigen Anbau von Raps und Mais nah an den Wohngebieten, wodurch die Gefahr des Kontaktes mit Schwarzwild, im Vergleich zu weiter entfernten Raps- und Maisfeldern, entsprechend größer sei. Leider habe man darauf als Jäger keinen Einfluss.

Im Weiteren möchte **Herr Starke** wissen, ob es eine Abschussliste gibt, aus der hervorgeht, wie viel Wild in letzter Zeit erlegt wurde.
Der **Stadtjäger** kann für den Raum Bitterfeld-Wolfen aussagen, dass ein- bis zweimal pro Winter Drückjagden stattfinden, bei denen, laut Hochrechnung des Kreisjägermeisters, jeweils zwischen 50 und 150 Stück Schwarzwild erlegt werden. In dem Sondergebiet im Ortskern Stadt Bitterfeld sowie Ortskern Stadt Wolfen werden jährlich etwa 15 bis 20 Stück Schwarzwild reduziert.
Die Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung, die kompletten Zahlen des durch die Gesamtheit der Jäger erlegten Schwarzwildes im Bereich der anderen Ortsteile und Flächen der Stadt Bitterfeld-Wolfen im Jahr bei der Unteren Jagdbehörde zu erfragen und dem Protokoll beizufügen.

Auf die Frage von **Herrn Vollmann** erklärt Herr Eisenmann, dass die Drückjagden in den ersten Jahren zu einer Reduzierung des Schwarzwildes geführt haben. In den letzten drei Jahren vergrößerten sich durch die Problematik Wolf und die Problematik milderer Winter die Bestände extrem. Aus seiner Sicht helfen die Maßnahmen der zahlreichen Jäger schon, sonst würde das Problem ausufern. Der Stadtjäger gibt zu bedenken, dass bei weiter anwachsendem Bestand aus seiner Sicht künftig mehr Maßnahmen erforderlich würden bzw. auch in der Landwirtschaft umgedacht werden müsse.

Herr Claus nimmt Bezug auf den im Jahr 2019 auf dem Greppiner Sportplatz durch Wildschweine angerichteten großen Schaden. Durch Anwohner der im Umfeld des Tiergeheges befindlichen Wohnsiedlung wird hohes Wildaufkommen beobachtet. Das Schwarzwild dringt bis in die Wohnsiedlung vor. Er fragt nach, wie man das Problem langfristig angehen könnte, um diese Gefahrensituationen einzudämmen.
Der **Stadtjäger** legt dar, dass das Schwarzwild durch das warme und feuchte Wetter in diesem Jahr eine hohe Deckung hat. Er rät, die Vegetation der Flächen in den Ortsteilen kurz zu halten. Die Träger der Sportanlagen sollten diese durch geeignete Einfriedungen sichern. Private Grundstücksbesitzer oder auch Kommunen sind gefordert, ihre Grundstücke, insbesondere Wiesenflächen, wildschweinsicher einzufrieden. Außerdem rät Herr Eisenmann dazu, siedlungsnahe Vegetation kurz zu halten und eventuell für ausreichende Beleuchtung zu sorgen, um es dem Schwarzwild nicht zu einfach zu machen, immer näher an die Siedlung heranzurücken. Hilfreich wäre vielleicht auch, den Kontakt mit den örtlichen Jägern zu halten, dass diese in den Zeiten, in denen extreme Belastung gespürt wird, eventuell in dem näheren Umfeld etwas mehr hinsichtlich Bejagung tun. Es sei gar keine Frage, dass man in schwierigen und kritischen Fällen etwas tun müsse. Aber man sollte sich auch darüber im Klaren sein, dass man das Schwarzwild nicht komplett bejagen könne und ein bisschen lernen müsse, damit umzugehen. Man könne selbst dazu beitragen, das Problem etwas zu reduzieren, indem man z. B. die Grundstücke entsprechend sichert und keine Futtermittel über den Zaun wirft.

Herr Claus erwähnt lobend, dass er zwei bis drei Jäger kennt, die in seinem Umfeld sehr aktiv und immer ansprechbar sind. Er hinterfragt, ob die Möglichkeit besteht, vielleicht die Anzahl der Jäger in diesem Bereich etwas zu erhöhen oder Jäger zu gewinnen, die hier mit aktiv werden, wenn künftig wieder intensivere Probleme in Greppin auftreten sollten.
Herr Eisenmann macht deutlich, dass die Einschätzung, ob in einem Bereich genügend Jäger aktiv sind, der Jagdgenossenschaft obliegt und diese das mit ihren Jagdpächtern regelt. Er weist darauf hin, dass es in jedem Ortsteil meistens eine Jagdgenossenschaft gibt, der zum Teil auch Gemeindemitglieder oder der Ortsbürgermeister angehören.
Herr Claus teilt mit, dass es im OT Greppin keine Jagdgenossenschaft gibt, man sich jedoch mit auftretenden Fragen an die Untere Jagdbehörde wenden könne.
Der **Stadtjäger** informiert, dass die Untere Jagdbehörde nur in Ausnahmefällen darauf einwirken könne und begründet dies. Auch ihm als Stadtjäger sei es nicht möglich, in fremdem Jagdgebiet tätig zu werden, weil die Jagdpächter in den von ihnen gepachteten Bereichen die Hoheit ausüben. Der Stadtjäger könne nur bei Gefahr in Verzug eingreifen. Er richtet die Bitte an Herr Claus, zuerst an die Jagdgenossenschaft heranzutreten, ob diese dort etwas tun kann.
Auf die Frage der **Ausschussvorsitzenden** nach einem Ansprechpartner wird durch Herrn Eisenmann mitgeteilt, dass Herr Dr. Gülland in dem Jagdvorstand, OT Stadt Bitterfeld, Mitglied ist und der Jagdvorstand, OT Stadt Wolfen, nach

seinem Kenntnisstand, mehrfach aufgeteilt ist.
Herr Claus bittet um eine Information zu den Ansprechpartnern aus den Jagdvorständen für die Ortsteile durch die Verwaltung.

Herrn Baldamus interessiert, ob es bei der Beprobung der Tiere um Krankheiten geht oder um eventuelle Giftstoffe, die sich in dem Tierkörper angesammelt haben könnten.
Herr Eisenmann informiert, dass das Schwarzwild aus dem Stadtgebiet Bitterfeld-Wolfen oder aus dem Stadtwald auf Trichin untersucht werden muss und es sich hierbei um eine Routineuntersuchung handelt. Ihm ist kein einziger Fall bekannt, bei dem ein Tier darauf positiv getestet worden ist.
Herr Baldamus legt dar, dass nach seinem Kenntnisstand erlegtes Wild aus kontaminierten Bereichen auch auf eventuell vorhandene Giftstoffe untersucht wurde. Er stellt die Frage, ob diese Beprobung noch vorgenommen wird.
Der **Stadtjäger** erklärt, dass seit einigen Jahren die Untersuchung des Wildes aus früheren kontaminierten Bereichen auf Giftstoffe nicht mehr durchgeführt wird. Jedoch wird erlegtes Schwarzwild aus Schwerpunktgebieten, wie dem Umfeld des Silbersees oder dem OT Greppin, nach seinem Kenntnisstand nach Dessau zu einer Annahmestelle vom Forst verbracht.

Außerdem möchte **Herr Baldamus** wissen, ob durch die erhöhte Population mehr Verkehrsunfälle mit Tieren aufgetreten sind.
Die Anzahl der Verkehrsunfälle ist, z. B. im OT Stadt Bitterfeld, für deren Bereich Herr Eisenmann als Jagdpächter zuständig ist, relativ gleich geblieben, wenn nicht sogar etwas geringer.
Konkrete Aussagen für die Entwicklung im gesamten Landkreis wären über die Untere Jagdbehörde in Erfahrung zu bringen. Nach seiner Einschätzung sind die Zahlen relativ stabil und liegen nicht wesentlich höher, weil sich das Wild den veränderten Verkehrsgegebenheiten auch anpasse, vorsichtiger werde und lerne, damit umzugehen.

Herr Baldamus stellt des Weiteren die Frage, ob auch Waschbären im Stadtgebiet auftreten.
Der **Stadtjäger** teilt mit, dass die Waschbären immer mehr werden; auch deshalb, weil die Menschen viel wegwerfen, was den Waschbären als Futter willkommen ist. Insgesamt sei die Anzahl im Stadtgebiet aber überschaubar.

Herr Hennicke nimmt Bezug auf die im Bericht angesprochenen Auswirkungen der Mais-Monokulturen. Er stellt die Frage, ob die Kulturen um das Stadtgebiet herum angebaut sein müssen, um schon solche Auswirkungen zu haben oder ist die Monokultur der Region gemeint. Außerdem interessiert ihn, ob es bereits Versuche gab, mit den Landwirten zu sprechen, den Anbau auf den Flächen nicht so nah an den Wohnbebauungen vorzunehmen.
Herr Eisenmann geht davon aus, dass es zahlreiche Versuche seitens der Jägerschaft gab, mit den Landwirten zu reden. Er gibt zu bedenken, dass die Landwirte auch wirtschaftlichen und gesetzlichen Vorschriften unterliegen, wonach sie nicht einfach Flächen weglassen könnten. Da es sich um eine allgemeine Problematik handelt, müsste diese sicherlich auf einer höheren Ebene, zum Beispiel beim Wirtschaftsministerium, angesprochen werden, merkt der Stadtjäger an.

Herr Hennicke hinterfragt, ob die Eindämmung der Monokultur die größte Stellschraube sei, um das Problem der sich ausbreitenden Popularität anzugehen.
Der **Stadtjäger** antwortet, dass dies zwar ein wesentlicher Aspekt sei.

	Gespräche mit den Landwirten hätten jedoch gezeigt, dass es sich sowohl aus wirtschaftlichen Gründen, als auch auf Grund einzuhaltender gesetzlicher Vorgaben um eine schwierige Problematik für die Landwirte handelt. In diesem Zusammenhang informiert Herr Eisenmann darüber, dass Jagdschneisen seit diesem Jahr gewünscht und auch erlaubt sind und die Landwirte dafür einen gewissen Ausgleich bekommen. Dies werde auch schon praktiziert. Aus Sicht des Stadtjägers wird diese Maßnahme nicht den gewünschten Erfolg bringen. Der Stadtjäger bittet, einmal darüber nachzudenken, dass man der Natur immer mehr Räume wegnimmt, Solar-Felder baut und auf Feldern Wohngebiete entstehen lässt, deren Bewohner sich dann beschweren, wenn Wildschweine in die Gärten eindringen.	
zu 10	**Lebensmittelversorgung am Standort vom jetzigen „Real“ in Bitterfeld erhalten** BE: CDU-Fraktion Zum Beschlussantrag „Lebensmittelversorgung am Standort vom jetzigen „Real“ in Bitterfeld erhalten“ informiert die **Ausschussvorsitzende** die Anwesenden über eine durch den Ortschaftsrat Greppin in seiner Sitzung am Vortag gewünschte Ergänzung hinsichtlich der Prüfung möglicher alternativer Ergänzungsstandorte zur Sicherstellung der künftigen Nahversorgung, die inhaltlich in den Beschlussantrag eingearbeitet worden ist. Sie erteilt Herrn Bruchmüller, CDU-Fraktion, als Einreicher das Wort. **Herr Bruchmüller** stellt den Antrag kurz vor. Er legt dar, dass die Verwaltung eine Vielzahl von Aufgaben zu bewältigen hat. Der Antrag soll dokumentieren, dass die Stadträte eine gewisse Priorität in dieser im Interesse der betroffenen Bürger des OT Greppins und Umgebung zu lösenden Aufgabe sieht. Er äußert sich zustimmend zu der Ergänzung des Beschlussantrages, da man Investoren nur begrenzt vorschreiben könne, wo sie investieren sollen und man auch den marktwirtschaftlichen Gedanken Raum lassen müsse. Herrn Bruchmüller bereitet jedoch die Frage Sorge, was aus dem ehemaligen „Real-Standort“ würde, wenn woanders gebaut wird. Aus diesem Grund fordert er dazu auf, sehr sachgerecht mit dem Thema umzugehen. Es sollte darauf geachtet werden, die vorhandenen Geschäfte nicht zu vertreiben. Zudem sollte vermieden werden, dass es, möglicherweise durch falsche Weichenstellungen, auf diesem Standort dann eine völlig falsche Nutzung gibt, wie z. B. Autohandelsplatz oder Lkw-Abstellplatz, durch die Nähe zum Industriegebiet. Deshalb sollte man, wenn es nicht gelingt, dort wieder einen Versorger zu finden oder einen Teilumbau auf einem der beiden Grundstücke umzusetzen, in einem zweiten Schritt gut überlegen, wie dann sinnvoll mit dem Standort umgegangen werden könne. Abschließend weist Herr Bruchmüller darauf hin, dass es sich nach seinem Kenntnisstand um zwei Grundstücke mit zwei verschiedenen Eigentümern handelt. Er bittet, insofern darauf zu achten, die Problematik mit dem richtigen Ansprechpartner qualifiziert zu besprechen. Er regt an, möglicherweise Angebote zu unterbreiten, um zu erreichen, dass dieser Versorgungsstandort nicht verloren geht und sich damit das Leben an dieser Stelle für viele Menschen erschwert. **Herr Claus** nimmt Bezug auf den Ergänzungsvorschlag des Ortschaftsrates Greppin und begründet ihn nochmals. Der Ortsbürgermeister fasst zusammen, dass zum Einen der große Wunsch besteht, wieder einen Vollversorger an dem Standort zu erhalten, realistisch betrachtet, räumt er ein, wird es künftig ein kleiner Discounter sein, der die so notwendige Grundversorgung für die ca. fünftausend Menschen aus dem OT Greppin und der Anhaltssiedlung, OT Stadt	**Beschlussantrag 125-2020**

Bitterfeld, übernimmt. Auch er ist besorgt, dass aus dem jetzigen Kundenparkplatz ein LKW-Parkplatz werden könnte, wenn es nicht gelänge, den Standort zu erhalten. Deshalb bittet auch er darum, „weise“ mit der Entscheidung umzugehen, was dann aus dem Standort wird. Herr Claus könne sich auch die von der Verwaltung bereits einmal geäußerte Theorie vorstellen, das „real-Gebäude“ zum Beispiel für Kultur und Freizeit zu nutzen und mit dem Eigentümer auf der rechten Seite bezüglich der Gewinnung eines Discounters zu sprechen. Alles sei wünschenswert. Wichtig dabei sei, dass am Ende ein Nahversorger vorhanden ist, egal an welcher Stelle, um gerade den älteren Einwohnern Greppins die 45 minütige Fahrt mit dem Bus zum Einkaufen zu ersparen.

Herr Ziegler berichtet von der umfassenden Beratung des Themas im Ortschaftsrat Bitterfeld. Aus seiner Sicht sollte dies als Chance begriffen und die Struktur so entwickelt werden, dass man den Gegebenheit in den Ortsteilen, dem Zuwachs dort, auch einmal Rechnung tragen könne. Er plädiert dafür, Einzelhandel dort anzusiedeln, wo er gebraucht wird und fußläufig auch von älteren Menschen erreichbar ist. Zielstellung sollte sein, ein kleines Versorgungszentrum im OT Greppin und in der Bitterfelder Anhaltssiedlung zu etablieren. Er führt dazu umfassend aus und fasst zusammen, dass der Stadtrat die Dinge realisieren sollte, die er selber vorantreiben könne. Er richtet einen Appell an alle, Einzelhandel an der Peripherie nicht zuzulassen. Bitterfeld-Wolfen sei, was Einzelhandel betrifft, überaus gut ausgestattet.

Frau Beate Lange, Mitarbeiterin Stab Wirtschaftsförderung, erklärt, dass die Verwaltung, seit dem Bekanntwerden der Tatsache am 30.06.2020, dass für die Einwohner des OT Greppin der Nahversorger wegbricht, in der Sache sehr aktiv ist. Sie legt dar, welche Schritte bisher unternommen wurden. Frau Lange informiert darüber, dass in den bisherigen Gesprächen deutlich geworden ist, dass es sich um eine Herausforderung handelt, die Niederlassung eines SB-Warenhauses in der Größe des zur Verfügung stehenden ehemaligen „real-Gebäudes“ zu realisieren. Für die Verwaltung hat die Notwendigkeit eines Nahversorgers Priorität, in welcher Form auch immer. Eine Möglichkeit wäre, die Räumlichkeiten des ehemaligen „Aldi“ wiederzubeleben mit einer kleinen Variante. Das Problem hierbei sei, dass die Discounter wachsen und immer größere Flächen benötigen. Frau Lange erklärt, dass es der Verwaltung wichtig ist, dass dort jemand Neues rein kommt und sei in entsprechenden Gesprächen und Verhandlungen. Abschließend teilt die Mitarbeiterin Stab Wirtschaftsförderung mit, dass die Verwaltung mit dem Betriebsrat von „real“ in regem Austausch stehe und bereits Gespräche im Beisein des Oberbürgermeisters stattgefunden haben.

Herr Krüger spricht sich für eine Nahversorgung der Bürger des OT Greppins und der Anhaltsiedlung aus. Er weist darauf hin, dass Fehler, die vom früheren Stadtrat gemacht wurden, nicht wiederholt werden dürften. Die Entwicklung der Verkaufsraumflächen, die Umstrukturierung der Handelssymptomatik insgesamt, sei in der heutigen Zeit ganz anders. Als man damals das „real-Gebäude“ gebaut habe, gab es den Internethandel noch nicht in der Form, wie er sich jetzt entwickelt hat. Deshalb könne man nur hoffen und wünschen, dass gemeinsam mit der Stadtverwaltung ein Nahversorger für die Bürger der Anhaltsiedlung und des OT Greppins gefunden wird. Herr Krüger hofft des Weiteren, dass der Ordnung und Sicherheit in der Stadt weiter Rechnung getragen werde und auf dem Parkplatz keine Motorrad- oder Autorennen stattfinden, sollte man keinen vernünftigen Nutzer finden.

	Herrn Hennicke geht es um den auf der rechten Seite befindlichen Fachmarkt. Davon ausgehend, dass mit den Gewerbetreibenden gesprochen wurde, stellt er die Frage, was das Ergebnis der Gespräche und die Einschätzung der Gewerbetreibenden war. Konkret interessiert ihn, ob die Gewerbetreibenden einen so riesigen Markt wie „Real“ als „Anker“ benötigen. Oder würden sie, falls der Markt nicht weiter genutzt würde, wirtschaftlich bestehen können. **Frau Lange** antwortet, dass es von diesem Fachmarktzentrum keine Aussagen gibt, dass diesbezüglich in irgendeiner Art und Weise über etwas nachgedacht würde. Bisher habe sich niemand negativ zur Situation geäußert. Da nichts anderes berichtet würde, könne Frau Lange nichts anderes sagen. **Herr Hennicke** hakt nach, dass die Gewerbetreibenden sich doch die Frage gestellt haben werden, ob es für sie existenzgefährdend würde, wenn „Real“ wegbricht. Oder sie haben genügend Kunden, die in erster Linie gezielt in ihr Geschäft kommen und nicht, weil sie im „Real“ einkaufen waren. **Frau Lange** erklärt, dass direkt mit den Gewerbetreibenden des Fachmarktzentrums noch keine Gespräche geführt worden sind. Mit dem Betreiber des Fachmarktzentrums wurde darüber gesprochen, ob es Anliegen der Betreiber gibt. Dies wurde bisher verneint, was nach der Einschätzung von Frau Lange darin begründet ist, dass noch keine 100 %ige Aussage getroffen werden kann. **Herr Claus** merkt an, dass in dem ehemaligen „Aldi-Standort“ der Fachhandel „Spielzeugland“ eingemietet war, die die Räumlichkeiten später als Lager und auch für den Onlinehandel nutzten. Auf seine Frage, ob die Räumlichkeiten noch genutzt werden oder der Standort frei ist, teilt Frau Lange mit, dass der Standort frei ist. Sie ergänzt, dass von der Leitung des Fachmarktzentrums die Aussage gemacht wurde, dass es zwei leere Flächen gebe und benennt diese. **Herr Claus** hält jede der beide Varianten für wünschenswert, sollte der „Real-Markt“ nicht mehr belegt werden können. Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bittet die **Ausschussvorsitzende,** darüber abzustimmen. einstimmig empfohlen	Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0
zu 11	**Erarbeitung von nachhaltigen Maßnahmen und eines Umsetzungsplanes zum Schutz des Ortsteiles Stadt Bitterfeld der Stadt Bitterfeld-Wolfen vor Grund- und Hochwasserschäden sowie zur weiteren städtebaulichen Gestaltung der Oberflächengewässer** **Frau Griebsch** trägt den Beschlussgegenstand des Beschlussantrages 127-2020 vor. Da es keine Anfragen oder Änderungsanträge hierzu gibt, ruft die **Ausschussvorsitzende** zur Abstimmung darüber auf. einstimmig empfohlen	**Beschlussantrag 127-2020** Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0
zu 12	**Mitteilungen, Berichte, Anfragen** Die **Ausschussvorsitzende** fragt, ob es Mitteilungen, Berichte oder Anfragen der Anwesenden gibt. Dies ist nicht der Fall. *Zweckverband Goitzsche* **Frau Griebsch** bittet zunächst um einen kurzen Tätigkeitsbericht für den Zeitraum der letzten Legislatur des Stadtrates Bitterfeld-Wolfen (Auflistung nach Jahren). Welche Aktivitäten waren wann geplant und wurden wann	

umgesetzt?
Sie bittet im Weiteren um einen Tätigkeitsbericht und eine Vorschau der Aktivitäten der jetzigen Legislatur. Wann sollen welche Vorhaben umgesetzt werden? Es wird außerdem um eine Aussage zu den Kosten, die der Stadt Bitterfeld-Wolfen durch die Mitgliedschaft im Zweckverband entstehen, gebeten, sowie um eine Aussage zu den Projektsummen, die umgesetzt werden, ggf. als nichtöffentlich gekennzeichnet.

Touristischer Infopunkt
Die **Ausschussvorsitzende** richtet die Frage an die Mitarbeiterin Stab Wirtschaftsförderung, Frau Lange, wie viele Kontakte und Anfragen der Touristische Infopunkt verzeichnen konnte und welche Leistungen der Infopunkt anbietet. Da Frau Lange hierüber keine Aussage treffen kann, wird um eine entsprechende Zuarbeit zum Protokoll gebeten.

Zuarbeit des Geschäftsführers der STEG, Herrn Heiko Kaaden vom 09.09.2020
Zahl der Besucher
Von Freitag bis Sonntag (Öffnung Infopoint) kommen hunderte. Über einen Zeitraum von 2 Stunden wurden 60 Anfragen gezählt.
Während der Öffnungszeiten sind die Anfragen relativ gleichmäßig verteilt.
Die meisten Anfragen gab es zu Fahrradverleih und ÖPNV. Verteilt werden Informationen über Sehenswürdigkeiten, Übernachtungsmöglichkeiten, Radwegekarten (Goitzsche-Rundweg und tangierende Radwege), Gastronomie…
Auch die Wasserqualität und -temperatur werden häufig angefragt.
Woher kamen die Besucher?
Die Goitzsche wurde an den letzten Wochenenden aus unterschiedlichsten Regionen deutschlandweit besucht. Am Info-Point hatten wir Anfragen von Besuchern aus Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, dem Ruhrgebiet und Schleswig-Holstein, aber auch aus Oberbayern und sogar Österreich.
Es kamen auch einige englischsprachige Touristen.

WLAN Hotspots
Frau Griebsch interessiert, wie der Ausbau vorangeschritten ist. Wie wurde mit dem Diebstahl der Technik an der Rettungsstation am Bitterfelder Goitzschestrand umgegangen? Einzusehen auch über folgenden Internet-Link: https://www.mz-web.de/bitterfeld/ploetzlich-funkstille-diebe-machen-hoffnung-auf-wlan-am-goitzschestrand-zunichte-36892450 Wurde der zweite Förderantrag für die kleineren Ortsteile gestellt und welche Standorte wurden beantragt? Die Standorte sollten möglichst auf einer Stadtkarte eingezeichnet sein - notfalls handschriftlich.

Zuarbeit des Beauftragten für Digitalisierung und IT-Sicherheit, Herrn Uwe Kröber, vom 08.09.2020:

Folgende 6 der 14 Punkte sind momentan ausgebaut und betriebsfähig:

- *Rathaus Wolfen*
- *Kulturhaus Wolfen*
- *Bahnhof Wolfen*
- *Stadtwerke Büro Bitterfeld Markt*
- *Stadthafen am Leineufer*
- *Sportpark Süd – Bitterfeld*

Bei Letzteren besteht die Einschränkung, dass die Funkstrecke zur

Rettungsstation und von dort aus die Hotspots nach Diebstahl der Komponenten neu aufgebaut werden muss. Das entsprechende geänderte Projekt mit Tiefbauarbeiten und Montage an einem zusätzlichen Mast an der Rettungsstation ist fertig, aber noch nicht umgesetzt.
Umsetzungstermin soll bis Ende September sein, hier muss leider noch die Finanzierung der Mehrkosten (Masten und Tiefbauarbeiten) geklärt werden.
Die gestohlenen Komponenten wurden von der Versicherung ersetzt.

Zum weiteren Ausbau der anderen 8 Standorte:

- *Rathaus Bitterfeld*
- *Bitterfelder Bogen*
  Der Elektroausbau steht diese Woche vor dem Abschluss. Große Probleme bereitet der Provider (Pyur), der uns die Anschlüsse zur Verfügung stellen will. Hier wird seit mehreren Wochen der bestehende Anschluss im Rathaus(neu) nicht an das vorgelagerte Netz angeschlossen. Gründe sind uns bekannt, aber nicht nachvollziehbar.

- *Marktplatz Wolfen, Dessauer Allee 49*
- *Nord-Passage Wolfen, Dessauer Allee 50a*
  Bei beiden Standorten haben die Eigentümer der umliegenden Grundstücke uns eine Installation der WLAN-Komponenten an ihren Gebäuden nicht gestattet. Wir haben Ende April beim Bauherrenservice der Telekom einen Neuanschluss unseres Gebäudes (Marktleiterhäuschen) beantragt, am das Projekt „Markt Wolfen“ anders umzusetzen. Mit der Bereitstellung des Anschlusses (wahrscheinlich am 10. September) können wir über eine noch zu entwickelnde Projektänderung auch den Hotspot „ Nordpassagen Wolfen“ versorgen.
  Ich gehe davon aus, dass nach Freischaltung des neuen Anschlusses und der Umsetzung der Projektänderung eine Inbetriebnahme der Hotspots Ende September möglich wäre.

- *Fuhneaue Veranstaltungsplatz*
- *Tiergehege Bitterfeld*
  Da an beiden Standorten kein Telefonanschluss vorhanden und realisierbar ist, haben wir uns hier für eine Mobilfunklösungen entschieden und die Realisierung von Vornherein auf das Ende des gesamten Projektes (Ende Oktober) terminisiert.

- *Bahnhof Bitterfeld*
  Hier gibt es nach wie vor keine Freigabe der Bahn für einen sinnvollen Anschluss (es sind ggf. nur 16 Mbit/s möglich, gefordert sind aber 50 Mbit/s). Wir suchen gerade eine andere Lösung, haben aber noch nicht die Zustimmung des angesprochenen Gebäudeeigentümers.

- *Wasserzentrum*
  Hier hat die Telekom aus diversen Gründen seit Monaten den gewerblichen Ausbau (Glasfaser) des Objektes nicht realisiert. Da von Seiten der Telekom bis heute (08.09.) noch nicht einmal klar ist, wo der neue Glasfaseranschluss hinkommt, haben wir bisher auf die Elektro-Installation der Komponenten verzichtet. Die ElektroInstallation soll

	jetzt bis Ende September erfolgen. Wann der Glasfaseranschluss realisiert wird, ist zum heutigen Tag noch offen. *Für ein 2. WLAN-Projekt liegt inzwischen der Förderbescheid des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt in Höhe von 34.248,10 Euro vor. Der OB hat im Zuge der Inbetriebnahme der ersten Hotspots über diesen Bescheid informieren.* *Folgende Standorte sind hier geplant:* • *Bobbau - Wasserturm* • *Greppin - Festplatz am John-Schehr-Saal* • *Greppin - Tiergehege* • *Thalheim - Bühne* • *Thalheim - Kirche* • *Reuden - Festwiese* • *Holzweißig - Rathaus (Bühne)* *Die Umsetzung des neuen Projektes ist für das I. Halbjahr 2021 geplant.* **Frau Griebsch** merkt abschließend an, dass alle Anfragen schriftlich zum nächstmöglichen Zeitpunkt, spätestens jedoch bis zur nächsten Sitzung, an alle Ausschussmitglieder zu übersenden sind.	
zu 13	**Schließung des öffentlichen Teils** Die **Ausschussvorsitzende** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:00 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.	

gez.
Sabine Griebsch
Ausschussvorsitzende

gez.
Bianka Erling
Protokollantin